

Wossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhofs 3686—3698, Telegramm: (A) Ullstein—Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 660, Monatlich 3,90 M. (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M. Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtheft (außer dem Handelssteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeiger-Preise: num./Zelle 32 Pfennig, Familien-Anzeiger: num./Zelle 20 Pfennig, Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, KochstraÙe 22-26

10 Pf. [Anw.] Nr 256

SONNABEND, 28. MAI 1932

ABEND-AUSGABE

Pariser Vorrede zu Lausanne

Vorläufig keine Annullierung

Die Politik ist das Schicksal

Von

M. J. BONN,

Professor an der Handelshochschule Berlin

Eigene Meldung der Wossischen Zeitung

PARIS, 28. MAI

Von einer Verhinderung der Lausanner Konferenz, für die nach so einigen Tagen plädiert wurde, ist jetzt nicht mehr die Rede. Um so eifriger beschäftigt sich die Pariser Presse mit dem unmittelbaren Verlauf der Reparationskonferenz, wobei besonders auf die Stellungnahme der Bank von Frankreich hingewiesen wird, die als französisches Bankinstitut sowohl für die Pariser Young-Konferenz wie für die letzte Konferenz der Finanzfachverständigen in Basel die Delegierten gestellt hat. Die leitenden Männer der Bank von Frankreich, so wird behauptet, sind im Gegensatz zu früheren Persönlichkeiten der französischen Finanzwelt der Auffassung, daß man nicht einfach einen Schlichter durch die Reparationen ziehen könne. Sie halten auch noch immer an dem Gedanken eines Moratoriums fest, das nicht auf allzu lange Zeit gewährt werden solle, da mit der Möglichkeit einer wirtschaftlichen Besserung gerechnet werden müßte.

Eine deutliche Erklärung: "Wir wollen nicht schenken", würde die Verlesung einer freimüßig gehaltenen Unterredung bedeuten. Eine Erklärung: "Wir können überhaupt nicht mehr schenken", würde Deutschland für die Zukunft um jeden Preis bringen.

Das "Echo de Paris" läßt sich aus London melden, daß die Lausanne Konferenz nach einer Woche sich auf längere Zeit vertagen würde, damit die englischen Minister an der Weidener Konferenz in Ottawa (Kanada) teilnehmen können. Einem Spökmaneuver oder Herzbüß würde die Konferenz weiter aufgenommen und zur Entscheidung geführt werden. Das nationale politische Blatt spricht sich ab, daß seit Februar keine Verhandlungen zwischen Frankreich und England für das Reparationsstema mehr geführt worden sind. Frankreich sei bei dem ursprünglichen Vorschlag Kanals geblieben, Deutschland ein Moratorium für zwei Jahre zu gewähren, unter der Voraussetzung, daß für den ungeschützten Teil der Zahlungen als Sicherheit deutliche Eisenbahnen-Dobligationen bei der Bank für internationalen Zahlungsaus-

gleich in Basel hinterlegt werden sollen. England habe diesen Vorschlag feierlich abgelehnt, und sich seitdem nicht im geringsten bereit gezeigt, auf ähnliche Gebotensdinge einzugehen.

Verachtet ist noch eine Äußerung des Senators Berenger, Vorsitzender der außerparlamentarischen Kommission des Senats, der einem fünfjährigen Moratorium das Wort redet, weil es eine relative Stabilität bringen würde. Eine glatte Annullierung der Reparationen ist allerdings unmöglich, denn Frankreich könne nicht nach deutschem Vorbild seine Schuldenerpflückungen gegenüber Amerika ablehnen, weil das den französischen Kredit auf empfindliche Weise würde.

*

Daß ein Moratorium nicht der Weisheit letzter Schluß sein kann, und daß jede Reparationshypothese, in welcher Form immer jene Fiktion des Vertrauens geblieben mag, bis von der Pariser Gardepräsidenten als wichtige Voraussetzung für eine allmähliche Überwindung der Wirtschaftskrise bezeichnet worden ist — an dieser deutschen Auffassung hat sich nichts geändert, kann sich auch nichts ändern, unabhängig davon, welcher Kanzler das Deutsche Reich auf der Lausanner Konferenz vertritt.

Die deutschen Dispositionen für Lausanne werden im übrigen erst getroffen werden können, wenn jene große politische Klärung erfolgt ist, die man sich von dem möglichen Vortrag des Reichspräsidenten bei Hindenburg erwartet. Es ist auffallend, daß das Reichsamt entgegen der ursprünglichen Absicht getrennt keine Sitzung abgehalten hat und auch heute nicht zusammengetreten ist, obgleich einige wichtige Beschlüsse zu den Votoreordnungen noch ausstehen.

Das scheint nicht auf einer zufälligen zeitlichen Disposition zu beruhen, sondern hängt offenbar damit zusammen, daß alle Entscheidungen über Detailsfragen, die trotz ihrer unersennbaren Wichtigkeit doch nur zweiten Ranges sind, vertagt werden, bis in der Aussprache zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler die große gemeinsame Politik festgelegt worden ist.

Hollands gefährliche Drohung

Ergebnislose Verhandlungen über die Devisenzuteilung

Die schon seit längerer Zeit sehr angespannten handelspolitischen Beziehungen zu Holland drohen eine weitere Verschärfung zu erfahren. Eine holländische Delegation, die in diesen Tagen in Berlin über die Erföhrnung der holländischen Ausfuhr nach Deutschland durch die notwendige Devisen-Restriktion verhandelt worden ist, hat ohne Ergebnis Berlin verlassen.

Bei der außerordentlich lebhaften politischen Agitation, die zur Zeit in Holland gegen die deutsche Einfuhr getrieben wird, ist mit einer ersten Zulassung zu rechnen, wenn die holländische Regierung nicht die Öffentlichkeit darüber aufklärt, daß die Handelsbeziehungen von Deutschland gar nicht so schlecht sind. Die holländischen Unterhändler in Berlin haben nämlich das Betragen gefeilt, daß Holland in der Devisenzuteilung an die Importeure bevorzugt wird, und zwar in der Form, daß der gesamte Absatz des Handelsvertrages für Einfuhrwaren freigegeben wird.

So verständig von holländischen Standpunkt der Wunsch ist, daß Deutschland ebenfalls von Holland kaufen solle, wie Holland von Deutschland, und nicht indirekt holländische Günder zur Vortragung von Devisenverpflichtungen an andere vorkommen, so unmöglich ist für Deutschland der Wunsch auf die Möglichkeit der Handelsbeziehungen Holland gegenüber hat. Ein solches Betragen würde sofort die anderen Länder, mit denen der deutsche Handel noch aktiv ist, auf den Plan rufen, und zudem für Deutschland bedeuten, daß es den Gütern- und Tilgungsdienst für auswärtige Anleihen und Kredite, der bisher nur aus Exporterlösen aufreht gehalten werden konnte, einstellen müßte, darüber hinaus aber auch nicht in der Lage wäre, weiter Wohlstoffe und Lebensmittel von den Ländern, wie Amerika und Argentinien, einzuführen, mit denen der Handelsverkehr passiv ist.

Die holländischen Delegierten werden sich kaum der Vogei der deutschen Einwände verschließen haben. Anders aber ist die Frage, ob die holländische Regierung, der ein handelspolitischer Erfolg Deutschlands gegenüber innerpolitisch sehr wertvoll wäre, den lauten Forderungen der holländischen Öffentlichkeit auf Devisen-Repressalien gegen Deutschland Widerstand entgegenzusetzen wird.

Die Agitation, die bisher von dem wirtschaftlichen Ansehensstandpunkt, in dem die Interessen der Industrie, des Gewerbetreibenden und des Kleinrentners gegen Deutschland zum Ausdruck sind, unter Führung des früheren Ministers de Postuma betrieben wurde, hat jetzt auch im Parlament Ausdruck gefunden. Der holländische Handelsminister hat Bescheid über unter dem lebhaften Beifall aller Abgeordneten gebot, Holland werde, wenn Deutschland nicht gutwillig nachgibt, stärkere Zwangsmittel anwenden. Auch die Regierung selber in einer Denkschrift aufgeföhrt, ihre Maßstellungen gegenüber Deutschland endlich voll anzuwenden und eine Restriktion als Druckmittel einzusetzen.

Die Deutsche Regierung, die nur unter dem Zwang des Not zu einer allgemeinen Devisenverteilung der Devisen gezwungen ist, kann es nicht hindern, wenn sich Holland ohne Zwang zu der gleichen Maßnahme entschließt. Eine einseitige Devisen-Verteilung nur auf Deutschland gegenüber müßte aber zu einem sehr frühen Konflikt führen. Noch besteht die Möglichkeit, daß sich in Holland die Einsicht in die Zwangslage Deutschlands durchsetzen wird, und man nun in Berlin auch bemüht, den Holländern im Rahmen des Möglichen entgegenzukommen zu beweisen. Mißgünstig an dieser sehr bedauerlichen Eröhrung der Beziehungen zwischen Deutschland und Holland tritt aber auch die Zollpolitik des deutschen Ernährungsministeriums, das besonders mit dem Butterzoll ein Maß von Verdrögerung geschaffen hat, dem die realen Vorteile der Zollregelung durchwegs nicht entsprechen. S. v. M.

Die Erföhrung der kapitalistischen Welt ist unmittelbar zweifellos durch soziale Geister der Geister dieser Ordnung hervorgerufen worden. Diese Geister waren aber gewissermaßen nur die Urheber nachgeordneter Stellen. Die Politik, nicht die Wirtschaft ist das Schicksal gewesen. Seit vierzig Jahren ist die Politik Wege gegangen, die eine rationale Wirtschaft unmöglich machen. Kapitalistische Wirtschaft ist rationale Wirtschaft. (Sedbe zielebende Wirtschaft ist übrigens rational; verzieht man auf ihre vernunftgemäÙe Geföhrung, so muß man sich von dem Kapitalismus, sondern auch die Plannirtschaft aufgeben und zum unglücklichen Spinrad Chodis zurückkehren.) Aber rationale Wirtschaftsföhrung ist nur im Rahmen einer rationalen Politik möglich.

Die Erkenntnis grade dieses Zusammenhanges ist das große Verdienst des edsten Idealismus gewesen, wie er sich in der Wandlerische verkörpert. Dieses Wandlerische hat ein logisches geistiges System der praktischen Wirtschaftspolitik aufgebaut. Es lüchete den Sozialismus zu schreiben, der sich in einem Bodenmonopol, geföhrd durch Getreidepolitik, in das industrielle Zeitalter gerettet hat. Es wollte den Freihandel, um dies Monopol zu brechen und den freien Wettbewerb, um durch ihn die Verjüngung der Menschheit dauernd zu verbessern; er war ihm Wille, nicht Selbstzweck. Es verlangte vor allem eine ausweitende Wirtschaftspolitik, die nicht auf militärischer Gewalt beruhte, in dem man fremde Weltmärkte eroberte, unterjochte und als Kolonien ausbeutete, und in die unglückseligen selbständigen auswertenden Staaten mit gewaltigen Mitteln (Flotta) sich einmischte.

Daher forderte es Frieden und Abrißung. Denn es hatte ganz klar erkannt, daß ein internationaler Handelsverkehr, bei dem die Länder voneinander abhängig sind, nur aufrechterhalten werden kann, wenn er durch Kriege nicht gefährdet wird. Es lehnte das allseitige Rezept, den Freihandel der Weltwirtschaft durch Englands unbetritene Herrschaft zur See zu allen Zeiten zu sichern, gemüßlich ab und verlangte die freie See und weitgehende Freihandlung, Schlichtung von Konflikten durch Schiedsgerichte.

Der Weltkrieg hat die Richtigkeit dieser Forderungen bewiesen. Das entgegnerende wirtschaftspolitische Ergebnis des Krieges war die Erkenntnis, daß unter den stetig sich verändernden Bedingungen der modernen Technik kein Land imstande ist, seine überlebensfähige Versorgung durch Flottenentwicklung wirklich herzustellen. Der Unterlebensbedarf wird gegeligt, das kann vielleicht den Gegner ausbuhren kann, die eigene Versorgung aber nicht zu sichern vermögen. Man muß also entweder auf auswärtige Märkte und auswertende Verlesierung in großer Umfang verzichten oder den Außenhandel in Kriegesregeln unverzüglich maden. — wenn man die Kriegesregeln nicht vollkommen zu bannen vermöge. Man hat keine der beiden Konsequenzen völlig gezogen. Man ist zwar im Fortbilden und auf Verbilligungskonferenzen nach der Richtung der Freihandlung vorgeschritten. Man hat aber gleichzeitig in Friedensverträgen die Wirtschaftspolitik gesplittet und wirtschaftliche Zwergstaaten geschaffen, die bei einer rationalen Wirtschaftspolitik nur dann Lebens- und entwicklungsfähig sind, wenn sie sich auf die Fortdauer ungelöbter internationaler Handelsbeziehungen verlassen können.

Diese Gewißheit hat man niemandem gegeben. Man hat diese Staaten vielmehr auf der Grundlage eines überlebigen Nationalismus aufgebaut und liberal Freiheit und Befreiung erregt, die fast in der ganzen Welt in wirtschaftliche Zwergstaaten verwandelt worden sind. Darum ist eine neue Schußpolitik notwendig. Die bei einer rationalen Wirtschaftspolitik nur dann Lebens- und entwicklungsfähig sind, wenn sie sich auf die Fortdauer ungelöbter internationaler Handelsbeziehungen verlassen können.

Diese Gewißheit hat man niemandem gegeben. Man hat diese Staaten vielmehr auf der Grundlage eines überlebigen Nationalismus aufgebaut und liberal Freiheit und Befreiung erregt, die fast in der ganzen Welt in wirtschaftliche Zwergstaaten verwandelt worden sind. Darum ist eine neue Schußpolitik notwendig. Die bei einer rationalen Wirtschaftspolitik nur dann Lebens- und entwicklungsfähig sind, wenn sie sich auf die Fortdauer ungelöbter internationaler Handelsbeziehungen verlassen können.

Unernunft, in allen großen Ländern eine Stoffoffindubrit mit größter Mittel aufzubauen, deren Produktionsfähigkeit den möglichen Bedarf überdeckt und die einstmals den Erfolg zu buchen hat, daß Chile an den Rand des Abgrunds gestoßen worden ist. Der gemaltige Kapitalverbraucher solcher Neuerungen verdrängt nicht nur das Wohlsein des Staates, er zerstört gleichzeitig — ein Bild auf glänzende Werte folgt das deutlich — die Rentabilität der Kapitalisten. Die wirtschaftliche Entwicklung der Gegenwart verläuft als Streifen einer Produktionsmittelinstrumente über alles Maß aufrecht, die Konsumtion und mit ihnen die Bevölkerung verarmen läßt. Man kann aber in der Wirtschaft nicht auf rationalisierte Unernunft verzichten, wenn die Politik sie verlangt. Solange Furcht und Verunsicherung die Politik diktiert, kann die Wirtschaft ihre vernünftigen Methoden nur durch die Einführung vernünftiger Ziele anwenden. Ein Wirtschaftssystem, dessen Politik aus nationalen Klängen oder aus nationalen Selbstgefahen geboren ist, ist für sich selbst rational, auch wenn in allen Ländern nach dem Taylorismus gearbeitet wird. Die Unernunft am laufenden Band wird nicht vernunft. Und es hat nicht viel Sinn, von einer Verbesserung des politischen Realismus die Erlösung zu erwarten, wenn der negative Geist zur Katastrophe gerufen hat. Es gibt nicht zu viel Vernunft in der Welt, sondern zu wenig.

Oftentimes, die gegen die Vernunft gehen, haben einen in einer Beziehung recht: In einer politisch verrückt gewordenen Welt kann kein vernünftiges Wirtschaftssystem (insbesondere nicht das kapitalistische) erfolgreich sein; das haben die letzten fünf Jahre deutlich bewiesen. Die Überwindung dieses politischen Irrationalismus durch Anzertnen eines wirtschaftlichen Rationalismus ist jedoch ein Gebot, die die Vernunft nicht ertragen kann. Die Antisozialität der Jahre 1924 bis 1929 hat die Widerständigkeit der hysterisch geordneten Wirtschaftspolitik überdeutlich verdeutlicht. Wenn der sozialistische Gläubiger nicht bereit ist, die Zahlung seiner Schuldner in Waren entgegenzunehmen, so bleiben nur zwei Mittel zum Ausgleich: er kann seine Forderungen in Schuldnoten fenden, wo sie als Konzepte die nicht abgenommenen Ausführender die Heuchelei des Wohlworts an Ort und Stelle aufstellen. Oder er kann die ihm verbleibenden Güter im Lande des Schuldners als neue Vorstände begeben, bis er entweder gewillt ist, in später Zukunft die angekauften Güter durch in Warenform auszulösen, oder bis der Schuldner den geriebenen Noten läßt, indem er ihn durchsicht und Bankrott macht. Der Weltbankrott ist eingetreten, weil die meisten Gläubigerländer nicht geneigt waren, dem Beispiel des alten Freibankens nach zu folgen und Zahlungen in Waren entgegenzunehmen. Wenn das unangenehme Scheitern der Versuche führt nur zu vorübergehender Erleichterung des Leberführten, und die dadurch erhöhte Überfischung zwingt den Schuldner zu weiterer Überfischung, um den Strauß doch noch aufzufüllen. Und wenn überdies der Gläubiger auch noch politisch mißtraulich wird und nur kurzfristigen Kredit gibt, dann erzeugt jede politische Dummheit, wo sie auch begangen wird, Verwirrungen, die die Wirtschaft immer mehr mitmachen und sie wird nie immer lauter machen, solange sie nicht vernünftig wird. Wo das bestehende Wirtschaftssystem das kapitalistische ist, wird eben der Kapitalismus an solcher Politik zugrunde gehen. Er kann sich vielleicht damit trösten, daß auch ein sozialistisches System im Ankergraben nicht besser fahren wird. Hätte Ausfall an die Politik bekommen, die es gern gehabt hätte, so müßte es heute vor ihrer Anwendung in politischen Aktionen stehen wie ein kapitalistisches Staat. Es kann natürlich etwas leichter konkret machen als kapitalistisches Regierungen. Das hat aber nur Sinn, wenn man mit einem Bankrott sich an fremdem Kapital so füttern kann, daß man neuen Kredit nicht mehr braucht. Allerdings kann ein sozialistisch organisiertes Gemeinwesen sich einer Arbeitspolitik leichter anpassen als ein anderes. Der Zwang, den es durch ungenutzte Arbeitskräfte, die seinen inneren Organisationsbedingungen nicht zuzuhören.

Daß die Führer des Kapitalismus in allen Ländern an dieser Festhaltung der Politik mitgewirkt haben, ändert an der Sache nichts. Es beweist nur, daß der rechte Mann, der in seinen Geschäftsaussagenheiten nächsten zu rechnen vermag, in seinen politischen Einstellungen von irreführenden Empfindungen geleitet wird. Seit sich übrigens gezeigt hat, daß rationale Institutionen, führender Wirtschaftspraktiker, die die Wirtschaftssysteme aufbauen, nicht nur nicht zurecht kommen, sondern, dürfte das kaum übersehen werden. Die Wirtschaft wird nicht aus sich heraus gefunden, wenn sie nicht die Politik vernünftig machen kann. Das kann sie nicht, indem sie sich einfach an deren Stelle zu setzen läßt. In fast allen Ländern haben die Wirtschaftsführer, die sich in die Politik einmischen, sich als besonders gefährliche Dilettanten erwiesen. Sie haben aber die Politik auf den Weg der Vernunft bringen, wenn sie sich über die Lebensbedingungen der eigenen kapitalistischen Wirtschaft klar wird. Man kann wieder die Politik entpolitisieren, d. h. sie dem Einfluß der viel mächtigeren politischen Geschäftswelt entziehen, noch die Politik vernünftiger machen, indem man ihr ausschließliche wirtschaftliche Zielsetzung gibt. Man kann sich auch nicht bei der Vorstellung beruhigen, daß alles politische Geschehen wirtschaftlich bedingte Zwangsmäßigkeit sei. Diese Art Marxismus ist zu wenig auf dem Boden. Sie selbst erweisen nur, daß die Politik für die Bevölkerung unzulänglich ist, nicht aber, daß nötig ist, sie handeln eigene Notwendigkeit sei.

Von allen Wirtschaftssystemen ist gerade der Kapitalismus besonders ungeeignet, in Zeiten der politischen Aufregung zu bestehen. Er wird daher nicht gefunden, wenn er den Zustand politischer Verwirrung als Dauerzustand betrachtet, dem er sich anzupassen läßt. Man kann z. B. nicht die internationalen politischen Beziehungen vernünftig machen, wenn man zur Wirtschaftspolitik übergeht. In einer Welt, in der die wirtschaftlichen Missstände ungleich zwischen den Völkern verteilt sind, ist ein Ausgleich nur möglich, wenn ein erhebliches Maß zwischenstaatlicher wirtschaftlicher Betätigung durch

Handel und Verkehr besteht. Einschränkung bedeutet für die ärmeren Staaten dauernde soziale Schlechterstellung ihrer ganzen Bevölkerung. Der dumpe Stolz, der sich in ihnen annehmen wird, muß dann zu imperialistischen Angriffen führen; denn ein Volk, dessen Lebensraum, durch einen Landesgegenen bedrängt, nicht durch Außenhandl erweiterter wird, muß auf gewaltsame Annexion fassen.

In Deutschland, wo viele Zweige der Wirtschaft mit 30 bis 50 v. S. ihrer Gesamtproduktion auf die Auslandsmärkte angewiesen sind, und wo die Rohstoffherzeugung für die Herstellung in keiner Weise ausreicht, ist die Verhinderung der Autarkie ohne staatlichen Zwang gar nicht denkbar. Einzelnen Kapitalistengruppen ergeht der Zwang oft genug erwünscht, soweit sie keine Abnehmer zu sein hoffen. Dem System als solchem bekommt er jedoch. Es ist kein Zufall, daß der Erfinder der Autarkie ein deutscher Metallarbeiter war, dem Willkür des Individualismus im Denken und Zwang des Staates

im Handeln sich harmonisch verhalten. Eine in die Wirtschaft verflochtene Wirtschaft läßt sich der zentralen planmäßigen Kontrolle nicht leicht anpassen, solange die anderen mit der vernünftigen Wirtschaften nicht ebenso organisiert sind. Nur ein vollenständiges Nationalbüro mit Ausfall kann sich ein kollektives Experiment in einem anderen organisierten Wirtschaftssystem leisten. Die Vermeidung, in Form die Einführung einer Autarkie, muß planmäßige Organisation verhältnismäßig leicht. Es ermöglicht nicht nur weitgehende Staatskontrolle des Wirtschaftslebens; ihre Durchföhrung ist ohne eine solche kaum möglich. Wenn der Kapitalismus dieses Experiment begünstigt, verzögert, daß nicht alle Welt seinen wundlungsfähigen Opportunismus beifügt, dann wird er sehr bald erkennen müssen, daß auch hier die Politik und nicht die Wirtschaft das Maßstab bestimmt.

Weitere Artikel folgen

Garner's Milliarden-Projekt

Hoover wirft den Abgeordneten „politische Geldschinderei“ vor

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 28. MAI

Die finanzpolitische Verzerrung im Kongreß, die immer neue inflationistische Projekte zeitigt, ist durch einen Vorstoß des demokratischen Führers im Repräsentantenhaus, Garner, der auch als Präsidentschaftskandidat genannt wird, noch vergrößert worden. Garner fordert 900 Millionen Dollar für die Ausführung öffentlicher Bundesarbeiten, in Sonderheit für die Errichtung von Gebäuden.

Diese Aktion hat den Präsidenten Hoover, der neuerdings außerordentlich empfindlich auf jede Durchbrechung seiner Absichten reagiert, mit einer ungewöhnlich scharfen Gegenreaktion auf den Plan geantwortet. Der Präsident wies dem Abgeordneten „politische Geldschinderei und Verschwendung der Staatsfinanzen“

vor. Weiter erklärt er, die Durchführung des Bauprogramms vom Kongreß würde das Budget vollstommen über den Haufen werfen und eine ungläubliche Verwundung darstellen.

Zu solchen Experimenten werde er nie seine Hand bieten. Er hoffe, daß amnestische Politik nicht so „gerig, unwillkürlich und ungeschickt“ sei, wie die demagogische Wirkung dieses gigantischen Ausbauprogramms zu erkennen. Sobald das Budget ausgearbeitet sei, werde er vernünftigen Spannen zur Unterstützung der Arbeitslosen zustimmen.

Oftentimes haben die Inflationsfreunde noch einen neuen Sieg über die Regierung erlangen durch Annahme der Steagall-Bill im Repräsentantenhaus. Des Oefes geht eine Milliarden-Bill als Garantie für Bundesposten vor, der je zur Hälfte durch die Reconstruction Finance Corporation und die finanziellen Geldinstitute aufgebracht werden soll. Mit der Verwaltung dieses Fonds und gleichzeitig mit der Klauierung der geschlossenen Banken soll eine neue Bundesbehörde betraut werden.

Für ein Kartell der Linken

Koalitionsbereitschaft der Sozialisten — Eine Brücke der „Jungtürken“

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 28. MAI

Während es in den letzten Tagen immer mehr den Anschein hatte, daß eine Einigung zwischen den Sozialisten und den Radikalen über die sozialistische Beteiligung an der Regierung aussichtslos ist, haben gestern zwei Ereignisse einen neuen Umschwung verursacht. Einmal ist der linke Flügel der Radikalen, die sogenannten „Jungtürken“, mit einem Programm hervorgetreten, das den Sozialisten eine gangbare Brücke baut. Dann aber auch hat die gefürchte Ablehnung unter den sozialistischen Parteimitgliedern des Seine-Departements eine überraschende Mehrheit für Koalitionsverhandlungen mit den Radikalen ohne ultimative Forderungen ergeben. So haben sich plötzlich neue Möglichkeiten für die Bildung eines Einheitsbündnisses ergeben.

Der linke Flügel der Radikalen Partei unter Führung der Abgeordneten Berger, Pierre Coi und Francois Albert hat für die Verhandlungsbereitschaft der Radikalen Partei am 14. Mai eine Entschlüsselung vorbereitet, die einen weiteren Ausbau des gemeinsamen erregenden Maßstabs der Einparteiisten in der parlamentarischen Arbeit fordert. Wichtigkeit stellt diese Gruppe der „Jungtürken“ ein Programm auf, das als Parteiprogramm für Koalitionsverhandlungen mit der sozialistischen Partei geeignet ist.

Vorsehung der Lebenspolitik unter Durchführung der allgemeinen obligatorischen Arbeitsdienstpflicht, der allgemeinen Arbeitspflicht, des Wehrdienstes, der Arbeitsdienstpflicht, der internationalen Organisation der Produktion und des Verbrauchs und der endgültigen Klauierung der Schulen und Reparaturen. Auf innerparteilichem Gebiet fordern die

Jungtürken entscheidende Geltung der Rüstungsangelegenheiten im Budget, Klauierung der Rüstungsangelegenheiten mit den parlamentarischen Arbeit, Klauierung der Arbeitslosigkeit durch große öffentliche Arbeiten und Kontrolle der großen Monopollieferanten.

Das stiftliche Oefes, das der Schritt der „Jungtürken“ bei der Abstimmung der Radikal Sozialisten, die als besonders radikal gelten, gefunden hat, bedeutet eine erhebliche Verbesserung. Nur eine Mehrheit von 654 Stimmen sprach sich prinzipiell gegen eine Beteiligung der Sozialisten an einer bürgerlichen Einheitsregierung aus. Wenig höher war die Zahl der Stimmen, die eine bedeutungslose Regierungsbeteiligung befürworteten. Bemerkenswerter Forderungen gegenüber den Koalitionsfreunden mit 2828 gegen 2450 Stimmen unterliegen sind.

Die Bedingungen der Koalitionsbereiten Sozialisten entsprechen etwa den von den „Jungtürken“ aufgestellten Forderungen, übersteigen sie aber in folgenden Punkten: Kontrolle der Banken, Einführung der Arbeitswoche von 40 Stunden ohne Pausen, Einführung der Arbeitslosenversicherung, Verstaatlichung der Eisenbahnen und der Versicherungen und sofortige massive Bekämpfung der Rüstungsangelegenheiten.

Die „Jungtürken“ haben ihre Entschlüsselung noch geteilt aber den radikalen Führer Berriot vorgelegt und seine Zustimmung nachgefordert. Berriot hat Berriot, der sich heute mittig zum Wochenende aufs Land begibt, nicht Geltung genommen. In einem Interview im „Oeuvre“ hat er sich aber zur Außenpolitik geäußert und als sein Ziel einen Ausgleich zwischen der Beteiligung der berechtigten Interessen Frankreichs und den Notwendigkeiten der internationalen Ordnung bezeichnet. Die wahre Einheit liegt in einem getreuen Ausgleich und im Vertrauen, nicht in Klauierung oder Zurückhaltung.

Deutschland steht hinter Danzig

Die Verunsicherung, die sich zunächst aus Drohungen polnischer Verbände und demagogischen Organisationsgruppen gegen den Freistaat Danzig ergeben hat, ist in den letzten Tagen in zunehmendem Maße auch Gegenstand diplomatischer Erörterungen geworden. Am Tage nach dem Beschluß des Reichstagesauschusses für auswärtige Angelegenheiten, die besagte, „daß jeder Angriff auf den Freistaat Danzig als eine Bedrohung deutscher Lebensinteressen betrachtet werden müßte“, forderte der polnische Gesandte in Berlin den Staatssekretär im Reich auf ein gleichzeitiges Erklärungsabkommen über diesen Ausschußbeschuß einzugehen. Er hat dabei auch in der polnischen Presse erhobene Vermuteln über Bestrebungen der Reichsregierung in Ostpreußen erwähnt,

Staatssekretär von Bülow hat in der Bestätigungsgesetze den vertragsgemäß begründeten Stempel vertreten, daß Deutschland Neuanlagen von Befestigungen in bestimmten Zonen durch Abwandumten mit den Interessierten des Verfaller Vertrages erlaubt fien, darunter für Ostpreußen in dem sogenannten Heilsberger Dreieck, das mitten in der Provinz Ostpreußen liegt.

Bei dem Ausschußbeschuß handelte es sich um eine Stellungnahme, die von einer ganz bestimmten Voraussetzung ausgeht, nämlich davon, daß von polnischer Seite irgendeine Angriffe gegen Danzig gefordert werden. Die vorbezeichneten polnischen Stellen dürfen, wie es der Ausschußbeschuß fordert, nicht im Unklaren gelassen worden sein, daß ein etwaiger Angriff in der Tat die schwersten Komplikationen führen müßte.



Sowohl! Ein Vorgebissenes des Dritten Reiches
Geht in die Luft
Niederländische Tageszeitung
Kampfbild für den Nationalsozialismus

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEUSTADT AN DER HAARDT, 28. MAI

Man feiert das Hambacher Fest auf dem Sattel, unterhalb der Burg, zwischen jungen grünen Bäumen, die dort stehen, wo vor einem Jahrhundert schwere, wichtige Bäume die Freiheitskämpfer überwanden, die von dieser mächtigen Höhe aus über die Rheinebene hinweg ihre brennende Sehnsucht über ganz Deutschland bis zum Ost- und Nordmeer, bis an seine damalige — und heutige — Südgrenze, bis zum Bodensee, bis zur beglückten Grenze hinausstrahlten: die Sehnsucht nach einem großen, freien, in demokratischer Freiheit blühenden und in dieser Welt seine stärksten Kräfte findenden Deutschland.

Niemand von dem, was es geschichtlich heute zu begreifen gilt, läßt sich nur erfassen, wenn man feststellt, daß das Hambacher Schloß auf pfälzischem Boden liegt. Die weltvolle Geschichte, die Deutschland erlebte, hat es gewollt, daß die Pfalz, dieser alte Kulturboden, immer wieder Mittelstrecke oder Brücke werden mußte zwischen westlicher und mittel-europäischer Kultur und Staatsentwicklung. Die Pfalz hat sich dieser Aufgabe immer wieder willig hingeeignet, ohne dabei dem deutschen Gedanken untreu zu werden.

Es ist bezeichnend, daß unter den Nachfahren der Achtzehnhundertjubiläumbedürftigen heute in Neustadt nicht nur der weltberühmte Fest des Hambacher Volksumfrieses, Dr. Albrecht Brühl, nicht nur der Enkel des Trägers der Hambacher Bismarckinschrift mit der Aufschrift, daß über Schwan-Not-Gebt leuchtet, Deutschlands Wiedergeburt, Philipp Albrecht, zugegen sind. Einer der Nach-

geborenen jener Tage, die die deutsche Demokratie ermöglicht haben, der Sohn des revolutionären Betreters der Deutschen vom Hambacher Fest, des Dr. Daniel Bittor, der französische General-Filzer, ehemaliger Militär-gouverneur von Tunis, der nach dem Friedensschluß von Frankfurt vom 10. Mai 1871 sich von Weg aus gegen die Abtötung über die Abtötung der Freiheit und der deutschen, nationalen Empfinden heraus wehrte, wird unmittelbar nach dem Hambacher Festtag als Ehren-gast hier begrüßt werden können.

Es war nicht leicht, für den Verlauf der beiden Festtage von wahren die Harmonie zu wahren. Die Pfalz ist ein politisch recht lebhafter Boden. Aber nachdem das Hambacher, dann das bis seinem letzten Mann innerlich an diesen Hambacher Tagen beteiligt ist, seine offizielle Innenwelt und Betretung im Interesse des Friedens abgelegt hatte, haben auch die Nationalsozialisten erklärt, daß sie auf jede Demonstration verzichten. Bekanntlich wird das Fest-banner die jährliche Reichsfeste der Verfassung in den ersten Augusttagen auf dem Hambacher Schloß und in Neustadt abhalten.

Wer von der Arbeitsgemeinschaft der Pfälzischen Presse demantlet Deutschen Rundgebung spricht der schwäbische Demokrat Theodor Heuß. Im Mittelpunkt des Festes im Neustadter Sattel am Abend wird eine Rede des Betreters des Reichsverbandes der deutschen Presse, Grafen von Dornitz, stehen, die sich durch die Tatsache rechtfertigt, daß die Bewegung, die vor hundert Jahren auf dem Hambacher Schloß sich manifestierte, den Grundstein für die Freiheit der deutschen Presse legte. E. K.

Strenge Kontrolle im Landtag

Die angetragenen Änderungen des Landtagspräsidenten Verordnungen in einer weitgehenden Abänderung des Landtagsgebäudes. Die neuen Bestimmungen gelten zunächst nur für die Tage vom 1. bis 4. Juni.

Durch die Hauptposten Prinz-Albrecht-Straße 5 erhalten nur Abgeordnete Zutritt, während Regierungsvertreter sowie andere Personen mit Ausweilen des Landtags durch das Portal in der Prinz-Albrecht-Straße sowie durch den Eingang Leipziger-Straße 4 einsteigen können. Die Landtagsgebäude werden vom Präsidenten geleitet, keine Besucher einlassen. Ohne besonderen Ausweis ist der Zutritt gesperrt. Die Tribünenbesucher erhalten auf Grund der von ihnen vorzulegenden Tribünenkarte nur Zutritt durch die Ostposten, Prinz-Albrecht-Straße 5.

Für die Pflanzung will der Präsident besondere Maßnahmen dem Reichsanwalt vorschlagen, der am Mittwoch vor Beginn der Sitzung tagt.

Bürgermeister Kohl in Schuchhaft

Eine besondere Sklarek-Notverordnung war geplant

Blutiger Tumult in Innsbruck

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

INNSBRUCK, 28. MAI

Bei einer nationalsozialistischen Versammlung in dem Saal des Botschafter-Hotels kam es heute zu einer Caillioth, wobei 20 Personen verletzt wurden. Wie die zum Caillioth beordnete „S. N.“ in den Caillioth einzug, war dies bereits zum größten Teil gegen die Nationalsozialisten gefahren. Fast augenblicklich begann der Tumult, der mit unendlicher Erbitterung ausgeführt wurde. Die Obermarke mußte mit gefüllten Besen den Weg und die umliegenden Straßen räumen. Die Erbitterung der kämpfenden Menge ging so weit, daß sogar die Rettungswagen der Krankenhausler angegriffen und beschädigt wurden. Zwei Kompanien Militär fielen nach Sichtung beordert worden.

Kommunisten-Krawalle überall

Planmäßige Regie

Seit dem Landtags-Beginn ist eine anfallsige Aktivität der Kommunisten zu verzeichnen, die in ganzen Reich, vornehmlich aber in Weidenau, Berlin und Hamburg Zusammenstöße mit Polizei und Nationalsozialisten hervorruft. Der gemeinliche Beginn der Krawalle, ihre Verbreitung über das ganze Reich erwecken durchaus den Eindruck, daß hinter ihnen eine einheitliche Regie steht.

In Köln kam es gestern abend zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und demonstrierenden Kommunisten, bei denen zwei Demonstranten lebensgefährlich, ein dritter schwerverletzt wurde. Bei den Krawallen wurden mehrere Schaufenster zertrümmert.

In Wuppertal fortgeführten Zusammenstöße, die die Polizei schon früh, ein Schwenker, ein Wandbetreiber, der polizeilichen Aufrechterhaltung des Verkehrs zu helfen, nicht frage leistete, wurde durch Kopfschlag getötet. Am verheerendsten Stellen der Stadt hatten die Kommunisten verstreut, Vertrieben zu zerstören und das Straßenpflaster aufzureißen.

In Dortmund fanden Planmäßige Handlungen von Lebensmittelgehilfen und Kohlenhändler statt, an anderen Stellen des Industriegebietes kam es zu schweren Ausschreitungen. In Stuttgart verdrängte Kommunisten, eine nationalsozialistische Versammlung zu sprengen, es entwickelte sich eine Caillioth, vier Nationalsozialisten, zwei Kommunisten und ein Volksgenosse wurden erheblich verletzt. Am nächsten Tag die Stadtteile kam es in den Straßen zu fortgesetzten Zusammenstößen, die von der Polizei mit dem Gummihügel unterdrückt wurden.

Die „Mühselige Getting“ gibt weitere Beispiele für die Planmäßigkeit, mit der die Krawalle herbeigeführt wurden. In Wuppertal wurden in einer geschlossenen Reihe 2000 an sich aneinanderberührende Schaufenster mitten im belebten Menschenmenge zertrümmert, mitten in einer hier und dort wogenden Menschenmenge zertrümmert, und zwar ohne Rücksicht auf den Charakter des Geschäftes. Um 2000 Schaufenster in einer halben Minute zu zertrümmern, muß vorher ganz ausgedehnt und schiefgelagert werden sein, welche Gruppe die einzelnen Fenster zu zerstören hatte. So war es auch. Wohlüberlegte Planmäßigkeit auf der ganzen Linie: ein Oberführer, der mit der Torpedopfeife das Signal zum Angriff gab, mehrere Unterführer mit dem nötigen Fußvolk.

in Karlsruhe war für heute mittag 12 Uhr die Verhandlung angesetzt worden. Der Verhandlungsbeginn verlief sich aber um eine Stunde, bis allgemein nur eine dreiminütige Verhandlung, wie in den letzten Tagen, erwartet wurde. Um 1 Uhr kam aber dann der angeklagte Bürgermeister Kohl, der von Weidmannsleiter Bürger und einem Krankenwärter in den Saal geführt wurde und auf einem Stuhl am Gegenstück Platz nahm.

Der Angeklagte Kohl war am 18. Mai zur Verhandlung nicht erschienen. Der Sachverständige Weidmannsleiter Bürger stellte damals fest, daß Kohl irgendwo zu starkem Schlafmittel zu sich genommen hätte. Das Gericht trennte deshalb das Verfahren gegen Bürgermeister Kohl ab.

Nach Schließung der heutigen Sitzung erklärte der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Reiner: „Ich will heute die Erklärung für die Absicht der der Prozessführung jetzt Aufheben des Angeklagten Kohl geben. Die Wiedereröffnung dieses Angeklagten war das Ziel des Gerichts. Schon nach der Abweisung vom 18. Mai, in der das Verfahren gegen Kohl abgetrennt wurde, unternahm ich den Versuch, das Verfahren auf eine über jeden Zweifel erhabene Basis zu stellen. Diese Hoffnung ist leider erfolglos geblieben. Für den Fall, daß unsere Hoffnung sich nicht erfüllt hätte, war zu erwarten, daß der Fall Kohl zu Ende geführt werden kann. Dieser Weg wurde einzuschlagen ist, darüber wird sich die Staatsanwaltschaft äußern.“

Falschlich ist also der Versuch unternommen worden, durch eine besondere Notverordnung den weiteren Ablauf des Sklarek-Prozesses sicher zu stellen. Diese Bemühungen sind aber nach den Verhandlungen des Vorsitzenden gescheitert.

Weidmannsleiter Bürger, der Sachverständige, meint, es könne nunmehr fest, daß der Angeklagte Kohl am 18. Mai einen sehr ersten Verfügungsbescheid unternommen habe. Folgen der Befehle werden, daß Kohl justizellenshaftig, die Folgen der Verurteilung jetzt überwinden. Es ist aber nur eine ganz neue Verhandlung möglich, da der Angeklagte noch Unpersönlicher und fleischer Schöpfung bedürftig.

Man erhebt sich Oberstaatsanwalt Fröhner von Steindorf und stellt den Antrag, das abgetrennte Verfahren Kohl wieder mit dem laufenden Verfahren zu verbinden. Zur Begründung dieses Antrages führte er folgendes aus: „Seit dem 18. Mai ist das Verfahren Kohl abgetrennt. Auch der Wunsch der Staatsanwaltschaft ging dahin, das Verfahren wieder zu verbinden. Eine besondere gefällige Regelung, auf die wir gehofft haben, ist unterblieben. Es mußte jetzt also die Möglichkeit herausgefunden werden, welche die möglichste Gelege bieten. Am liebsten sind zwei getrennte Verfahren miteinander verbunden worden, aber in dem vorliegenden Fall hätte dann das ganze Verfahren Kohl wiederholt werden müssen. Darum sieht der Weg des § 237 der Strafprozeßordnung nicht gangbar. Vier oder erscheint ein anderer Weg gangbar.“

Der Beschluß der Abtrennung des Verfahrens erfolgte in der Meinung, daß der Angeklagte Kohl unfreiwillig der Haupt-mittelstellung sein überwinden. Es ist aber nur eine ganz neue Verhandlung möglich, da der Angeklagte noch Unpersönlicher und fleischer Schöpfung bedürftig.

haben, was zwischen dem 18. und 28. Mai hier verhandelt ist. Ich beantrage, das Verfahren wieder zu verbinden, da der Abtrennungsbescheid auf irigen Voraussetzungen beruht.“

Nachdem sich die Vertrieben zu dem Antrag der Staatsanwaltschaft geändert hatten, stellte Oberstaatsanwalt von Steindorf nunmehr den Antrag, den Angeklagten Kohl zu verurteilen, um die weitere Durchführung des Verfahrens sicherzustellen.

Das Gericht lehnte diesen Antrag ab und erklärte, daß es bezüglich der Wiedereröffnung des Verfahrens sich bereits geltend machen will. Es erklärte das Verfahren Kohl wieder mit dem laufenden Verfahren verbunden. Obgleich gab der Vorsitzende bekannt, daß Bürgermeister Kohl in Schuchhaft genommen wurde, und daß dies Stellungnahme zur Durchführung des Verfahrens genügt. Der Vorsitzende verurteilte dann die Verurteilung auf Weidmannsleiter Bürger. Der Angeklagte Kohl wird in das Saalgericht des Untersuchungsgefängnisses Mobilit überführt. Es wird ihm anheim gestellt, ob er an der Montagsgespräch teilnehmen oder ihn fernbleiben will.

Am Grabe des Seehelden

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

HAMBURG, 28. MAI

Am Krematorium des Hamburger Waldfriedhofes in Ohlsdorf fanden heute mittag in Anwesenheit zahlreicher Betreuer von Reichs- und Staatsbehörden, darunter des Präsidenten des Hamburger Senats, Bürgermeister Dr. Petrius, und vieler anderer und ehemaliger Offiziere der Reichsmarine die Trauerfeierlichkeiten für den Admiral Ritter von Piper statt.

Zur Erweilung der letzten Ehre hatte die Marineleitung eine Trauerprobe angesetzt, die von 200 Mann der gegenwärtig im Hamburger Hafen liegenden dritten Torpedobootflottille geleitet wurde. Der alte Seeheldener-Hörner-Sippen, Marinekapitän Konnerberg, gedachte der Schlacht am Glagatz, in der Piper die Bronzeerster führte.

Als Vertreter der Marineleitung und als langjähriger Kamerad wirkte Admiral Dr. Ritter den Toten als Vorgesetzten und Kameraden. Er erinnerte an die zahlreichen Kämpfe und die große Verdienste für den toten Gegner aus dem Weltkrieg. Der Geist vom Glagatz wurde immer das Bindglied der fahrerischen Marine mit der Reichsmarine bleiben. Es ist nicht, daß der Seeheldener in der Reichsmarine unauslöslich weiterleben.

Die Einberufung des Reichstages

Am Reichstag findet Dienstag die Sitzung des Reichstages statt. In der heute mittag in Aussicht genommene Sitzung des Reichstages entscheiden werden soll. Reichstagspräsident Brüder hatte bei der Schließung der letzten Sitzung die Wiederberufung für den 6. Juni in Aussicht genommen. Die Oppositionsparteien treten jetzt, nach dem der Reichstagspräsident eine frühere Einberufung aus eigener Machtvollkommenheit abgelehnt hat, für diesen Antrag ein. Es ist aber noch ungewiß, ob die Reichstagspartei sich damit einverstanden mit dem Reichstagspräsidenten nicht einverstanden. Es ist nicht, daß der Reichstagspräsident die Einberufung des Reichstages bis nach der Reichsanwaltschaft hinausgeschoben werden wird.

Deutscher Ring kämpft weiter Weltgold wieder in Fuß

Ein Außenbesitzer der Versicherung

Die Versicherungsgesellschaft Deutscher Ring, Hamburg, die sich in Gegensatz zu den herkömmlichen privaten Versicherungs...

Leider aber wird im Bericht noch immer nicht auf die Phrasen verzichtet, nach denen sich der Ring als der alleinige...

Inmitten hat der Ring mit der Ausnutzung des sozialen und nationalen Schüdes in seinen Kreisen erfolgreich gearbeitet...

Die Sachversicherung der Gruppe zeigt in der Feuer- und Einbruchdiebstahlversicherung 73.400 gegen 62.900 Policen...

In der Krankenversicherung (Gesamtspekulationsgesellschaft) wurde die Zahl von 200.000 Versicherten überschritten...

Auf der G.V. der Deutschen Ring-Versicherungsgesellschaften in Hamburg kam, wie der „Voss. Ztg.“ aus Hamburg gemeldet wird...

Gegen jede Währungs Klausel

Der Ausschuss des Reichsbundes des Textil-Einzelhandels hat, wie die „Textil-Woche“ mitteilt, beschlossen, der von dem Deutschen Ring...

Das erwähnte Abkommen sah vor, daß an Stelle der vom Warenverband scharf bekämpften Goldklausel der Textils...

Die Abzüge aus U.S.A.

Nachdem an den internationalen Devisenmärkten in den letzten Monaten ein Stadium der Ruhe eingetreten war...

Die neueste Entwicklung hat die amerikanischen Bundes-Reservebehörden veranlaßt die Bestimmungen des Glad-Steagall-Gesetzes in Anspruch zu nehmen...

Tack-Bilanz genehmigt

Liquiditätsbesserung hält an

Die heutige G.V. der Conrad Tack u. Cie AG. in der ein Aktienkapital von 571 300 RM vertreten war...

Die von uns bereits ausführlich besprochene Bilanz mit ihren hohen Liquidität enthält nicht nur keine Bankschulden...

Deutsche Röhren für den Irak

Vor einiger Zeit ist, wie erinnerlich, für die Aufschließung der Petroleumquellen im Irak ein bedeutender Röhrenauftrag...

Zusversuchauf der Oel-Konferenz

Während Gerüchte, daß bereits eine Verständigung zwischen den Russen und den übrigen Teilnehmern der New-Yorker Oel-Konferenz erreicht worden sei...

Eingungsmöglichkeit mit den Russen

Bericht der Vossischen Zeitung

In den neu aufgenommenen Berliner Verhandlungen zwischen den deutschen Eisenerzeugern und der russischen Handelsvertretung...

ziehung kurzfristiger ausländischer Kredite Rechnung tragen zu können.

Wenn auch daher auf Grund der fortgesetzten Goldexporte in erheblichem Maße die Diskussionen nicht an Platz sind...

Wie aus allen Meldungen über die Versuche zur Wiederanbahnung der amerikanischen Wirtschaft hervorgeht...

Holzmann dividendenlos

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Die Philipp Holzmann AG. Frankfurt a. M., verzeichnet für 1931 nach 0,94 (1,39) Mill. RM Abschreibungen...

21 Mill. Umsatz Büssing-N.A.G.

Die Ende 1930 von der Automobilwerk H. Büssing AG. Braunschweig...

Die G.-V. genehmigte den Abschluß. Der Uberschuß wird vorzugsweise der Verwaltung zur Verfügung gestellt...

Elektro-Friede in Mecklenburg

Das von der Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft (ELG) Mecklenburgs...

Verkehrswesen-Bilanz Mitte Juni

Wie verlautet, wird die Reichsbahn-Gesellschaft in der nächsten Monatsbilanz...

SCHRIFTFLEITER: DR. WILLY MEISL, BERLIN

Die Staffel aller Staffeln

Morgen zum 25. Male 25 Berlin von Potsdam nach Berlin

Mit im Jahre 1908... Die Stafetten... Potsdam nach Berlin... 25. Male... Potsdam nach Berlin...

Seit Wochen, nein, Monaten konzentriert sich die Arbeit aller Berliner Leichtathletik-Vereine... Die Stafetten... Potsdam nach Berlin...

Was wird diesmal das Rennen machen? Folgende gilt der Berliner Sport-Club... Die Stafetten... Potsdam nach Berlin...

Dort werden die kleineren Stafetten (lauf vor den „Potsdamern“) sehr populär... Die Stafetten... Potsdam nach Berlin...

Die Turner auf der Bahn

Syring bei den „Ostmärkischen Kampfsportfesten“

Die morgigen „Ostmärkischen Kampfsportfesten“ in Frankfurt (Oder) haben eine erhebliche Bedeutung gefunden... Die Turner... Kampfsportfesten...

Der TSCB... Die Turner... Kampfsportfesten... Syring bei den „Ostmärkischen Kampfsportfesten“...

Für einen Weltrekord war's zu kalt

Nurmi lief um eine Minute zu langsam

Der Weltrekordversuch, den Nurmi gestern in Abo über 10.000 Meter unterzog... Nurmi lief um eine Minute zu langsam...

Fußball-Jugendtag

Einmal im Jahr werden die Spielbeine der Jugend-Mannschaften... Fußball-Jugendtag... Aachen...

unter der Leitung von Windolf (Victoria) statt... Heute mit Lacoste... Paris, 27. Mai...

Heute mit Lacoste

PARIS, 27. MAI

Im Roland-Garros-Stadion wurde heute nachgeholt... Heute mit Lacoste... Paris, 27. Mai...

Beim Herren-Doppel haben jetzt die Teilnehmer für die... Heute mit Lacoste... Paris, 27. Mai...

Im gemischten Doppel kamen Frau Metzger-Oestlein in die... Heute mit Lacoste... Paris, 27. Mai...

Bei Freisprung... Heute mit Lacoste... Paris, 27. Mai...

Im gemischten Doppel kamen Frau Metzger-Oestlein in die... Heute mit Lacoste... Paris, 27. Mai...

Shields in großer Form

U.S.A. fährt 1:0 gegen Australien

In Germantown (Pennsylvania) begann die Fußballrunde... Shields in großer Form... U.S.A. fährt 1:0 gegen Australien...

Deutsche Meldungen für Henley

Der Berliner Ruder-Club nach England

Der Berliner Ruder-Club hat seinen Olympia-Rierer für die... Deutsche Meldungen für Henley... Berliner Ruder-Club...

Ruderer werben für die Olympischen Spiele

Am langen See bei Orinoun findet morgen das große Olympia... Ruderer werben für die Olympischen Spiele...

Am 14. Uhr beginnen die Rämpfe der Jungmannen... Ruderer werben für die Olympischen Spiele...

Das Ausreiterrennen beginnt um 16 Uhr 40 vor den Tribünen... Ruderer werben für die Olympischen Spiele...

128 Fahrer fuhren mit

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung KÖNIGSBERG, 27. MAI

In den beiden ersten Wagenstunden am Donnerstag erfolgte... 128 Fahrer fuhren mit... Königsberg, 27. Mai...

139 500 Mark für Englands Derby-Sieger

23 Bewerber werden am Start sein

Das Oxford-Cambridge, den Endkämpfen, und Fußball-Fußball... 139 500 Mark für Englands Derby-Sieger...

Sonntagssport in Berlin

Wettersport: 8.30 Uhr: Granumwald (Kleiner Stern): Gewerbe...

Wettersport: 8.30 Uhr: Granumwald (Kleiner Stern): Gewerbe...

Wettersport: 8.30 Uhr: Granumwald (Kleiner Stern): Gewerbe...

Wettersport: 8.30 Uhr: Granumwald (Kleiner Stern): Gewerbe...

Wettersport: 8.30 Uhr: Granumwald (Kleiner Stern): Gewerbe...

Wettersport: 8.30 Uhr: Granumwald (Kleiner Stern): Gewerbe...

Wettersport: 8.30 Uhr: Granumwald (Kleiner Stern): Gewerbe...

Wettersport: 8.30 Uhr: Granumwald (Kleiner Stern): Gewerbe...

Wettersport: 8.30 Uhr: Granumwald (Kleiner Stern): Gewerbe...

Wettersport: 8.30 Uhr: Granumwald (Kleiner Stern): Gewerbe...

Wettersport: 8.30 Uhr: Granumwald (Kleiner Stern): Gewerbe...

Wettersport: 8.30 Uhr: Granumwald (Kleiner Stern): Gewerbe...

Wettersport: 8.30 Uhr: Granumwald (Kleiner Stern): Gewerbe...

Wettersport: 8.30 Uhr: Granumwald (Kleiner Stern): Gewerbe...

Wettersport: 8.30 Uhr: Granumwald (Kleiner Stern): Gewerbe...

Wettersport: 8.30 Uhr: Granumwald (Kleiner Stern): Gewerbe...

Wettersport: 8.30 Uhr: Granumwald (Kleiner Stern): Gewerbe...

Wettersport: 8.30 Uhr: Granumwald (Kleiner Stern): Gewerbe...

Wettersport: 8.30 Uhr: Granumwald (Kleiner Stern): Gewerbe...

Wettersport: 8.30 Uhr: Granumwald (Kleiner Stern): Gewerbe...

Wettersport: 8.30 Uhr: Granumwald (Kleiner Stern): Gewerbe...

Wettersport: 8.30 Uhr: Granumwald (Kleiner Stern): Gewerbe...

Wettersport: 8.30 Uhr: Granumwald (Kleiner Stern): Gewerbe...

Wettersport: 8.30 Uhr: Granumwald (Kleiner Stern): Gewerbe...

Wettersport: 8.30 Uhr: Granumwald (Kleiner Stern): Gewerbe...

Wettersport: 8.30 Uhr: Granumwald (Kleiner Stern): Gewerbe...

Wettersport: 8.30 Uhr: Granumwald (Kleiner Stern): Gewerbe...

Wettersport: 8.30 Uhr: Granumwald (Kleiner Stern): Gewerbe...

GRUNEWALD

Sonntag, 29. Mai, 15 1/2 Uhr

- 1. Sonntag - Reichenow 5. Sonntag - Marien Louise 2. Sonntag - Reichenow 6. Sonntag - Reichenow 3. Sonntag - Reichenow 7. Sonntag - Reichenow 4. Sonntag - Reichenow 8. Sonntag - Reichenow

Sonntag, 29. Mai, 15 1/2 Uhr

- 1. Sonntag - Reichenow 5. Sonntag - Marien Louise 2. Sonntag - Reichenow 6. Sonntag - Reichenow 3. Sonntag - Reichenow 7. Sonntag - Reichenow 4. Sonntag - Reichenow 8. Sonntag - Reichenow

Sonntag, 29. Mai, 15 1/2 Uhr

- 1. Sonntag - Reichenow 5. Sonntag - Marien Louise 2. Sonntag - Reichenow 6. Sonntag - Reichenow 3. Sonntag - Reichenow 7. Sonntag - Reichenow 4. Sonntag - Reichenow 8. Sonntag - Reichenow